

## **Text: Fraktion im Dialog**

### **Deutsche Zoll- und Finanzgewerkschaft (BDZ) zu Gast bei den FREIE WÄHLERN im Landtag**

Anlass des Gesprächs zwischen der Deutschen Zoll- und Finanzgewerkschaft (BDZ) und dem Parlamentarischen Geschäftsführer und rechtspolitischen Sprecher der FREIE WÄHLER Landtagsfraktion, Florian Streibl, war die Umorganisation und Neuausrichtung der Financial Intelligence Unit (FIU). Die FIU ist die nationale Zentralstelle für Finanztransaktionsuntersuchungen, die für die Entgegennahme, Sammlung und Auswertung von Meldungen über verdächtige Finanztransaktionen, die im Zusammenhang mit Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung stehen könnten, zuständig ist. Ursprünglich war diese dem Bundeskriminalamt (BKA) zugeordnet. Zum 26. Juni 2017 ist die FIU zur Generalzolldirektion gewechselt und wurde dort fachlich und organisatorisch neu ausgerichtet. Seit diesem Wechsel steht die FIU medial in der Kritik. Verschiedenen Medienberichten zufolge sei es bei der FIU zu einem erheblichen Bearbeitungsrückstand von über tausenden eingegangenen Verdachtsmeldungen gekommen. Zudem würden die Berichte der FIU eine mangelhafte Qualität aufweisen.

Der stellvertretende Bundesvorsitzende des BDZ, Thomas Liebel, sowie dessen Kollege Markus Riha baten im Rahmen des Gesprächs insoweit um Verständnis. Die neue FIU habe erst im letzten Jahr ihre Arbeit aufgenommen. Es werde mit Sicherheit eine gewisse Zeit in Anspruch nehmen, bis alle Abläufe reibungslos funktionieren werden. Zudem habe man auch noch nicht die notwendige Personalstärke erreicht. Positiv sahen beide in diesem Zusammenhang dass im Rahmen der Haushaltsberatungen auf Bundesebene der FIU nun 465 neue Personalstellen bewilligt wurden. Das sei ein erster wichtiger Schritt. Beide waren sich aber auch darin einig, dass zur Lösung der aktuell bestehenden Probleme darüber hinaus auch noch Qualifizierungsmaßnahmen und eine verbesserte Zusammenarbeit notwendig seien. Gerade im Bereich des Datenaustausches wäre es wichtig, dass man auch auf die in den Ländern vorgehaltenen Daten zugreifen dürfe, so Riha.

Mit Blick auf Bayern forderten Liebel und Riha, dass auch die zuständigen Einheiten beim Landeskriminalamt, aber auch die örtlichen Polizeibehörden mit dem notwendigen Personal ausgestattet werden müssen, um die Fälle nach Abbau des Bearbeitungsrückstandes bei der FIU zügig bearbeiten zu können. Ein wichtiges Anliegen war beiden auch, dass der Zollfunk auf die Frequenz des Polizeisprechfunkes dazugeschalten werde. Dies sei bereits in allen anderen Bundesländern geschehen. Nur Bayern sei insoweit Schlusslicht.

Florian Streibl, rechtspolitischer Sprecher der FREIE WÄHLER Landtagsfraktion, versprach, dass man sich im Rahmen des nächsten Doppelhaushaltes für eine bessere Personalausstattung einsetzen werde. Auch das Thema Zoll- und Polizeisprechfunk werde man auf Seiten der FREIE WÄHLER Landtagsfraktion weiterverfolgen.